

<p style="text-align: center;"><b>Fraktion DIE LINKE.</b> ( Antrag Nr. 1490/2011 )</p>
--

Eingereicht am 10.08.2011 um 09:35 Uhr.

**Schulausschuss, Jugendhilfeausschuss, Migrationsausschuss, Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Rechnungsprüfung, Verwaltungsausschuss, Ratsversammlung**

---

**Antrag der Fraktion DIE LINKE. zu Einrichtungen für Schulverweigerer**

**Antrag**

Der Rat möge beschließen:

1. Die Stadt richtet in ihren Jugendeinrichtungen Kontaktstellen für Schulverweigerer ein. Zur Finanzierung werden unter anderem die wegen Schulverweigerung verhängten Bußgelder herangezogen.
2. Die Stadt richtet zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine Koordinationsstelle für das mit Europageldern geförderte Programm „Schulverweigerung – Die zweite Chance“ ein.

**Begründung:**

Seit einiger Zeit mehren sich die Hinweise auf einen wachsenden Anteil schwänzender Schüler in der Landeshauptstadt. Sie weigern sich entweder auf Dauer, die Schule zu besuchen oder sind längere Zeit abwesend. Hannover nimmt unter den deutschen Großstädten einen vorderen Platz ein: Sieben Prozent der Schüler schwänzen an mehr als zehn Tagen im Monat die Schule, knapp elf Prozent immerhin zwischen 5 und 10 Tagen. Eine wachsende Gruppe von Schülern läuft Gefahr, sich vom Schulbetrieb wegen erlebter häufiger Frustrationen auf Dauer fernzuhalten. Eine besondere Risikogruppe sind Hauptschüler in den höheren Jahrgängen und Berufsschüler im Berufsvorbereitungsjahr. Vor allem ein niedriger sozialer Status verbunden mit Migrationshintergrund begünstigt die Entwicklung von Schulmüdigkeit.

Laut wissenschaftlichen Studien lag der Anteil der Schulschwänzer an den Hauptschulen vor vier Jahren in Hannover bei knapp 26 Prozent. Migrantenkinder sind an Haupt- und Förderschulen besonders stark vertreten. Rund 28 Prozent von ihnen besuchen die Hauptschule und rund 35 Prozent die Förderschule. Dem Ordnungsamt Hannover werden jedes Jahr rund 1.600 Fälle von „Nichterfüllung der Schulpflicht“ gemeldet. Anstatt zu helfen, werden jährlich rund 1.000 Bußgelder verhängt. Auch dabei fallen Migrantenkinder besonders auf. Rund 20 Prozent von ihnen verlassen die Hauptschule ohne Abschluss, 30 Prozent durchlaufen keine Berufsausbildung.

Für geschätzte 1.800 hilfebedürftige Schulverweigerer unterhält die Stadt mit der „Glashütte“ nur eine einzige Einrichtung mit zwölf Betreuungsplätzen. Das entspricht einem Versorgungsgrad von nur 0,67 Prozent. Eine Koordinationsstelle für das mit Europageldern geförderte Programm „Schulverweigerung - Die zweite Chance“ hat die Stadt Hannover bisher nicht eingerichtet. Dieses Programm ermöglicht eine auf den Einzelfall abgestellte

individuelle Betreuung. Für die Umlandgemeinden in der Region Hannover gibt es dagegen drei Koordinationsstellen.

Betroffene Kinder und Jugendliche brauchen beim Lernen individuelle Hilfe und eine verstärkte Förderung. Da Schulverweigerer oft in Stadtteileinrichtungen mit Freizeitangeboten anzutreffen sind, sind Sprechstunden und Anlaufstellen in den Jugendeinrichtungen notwendig.

Oliver Förste  
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 10.08.2011